

Durch Reformen Demokratie und Rechtsstaat stärken

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss



Martin Böhme

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 werfen nicht nur die Frage auf, wer die zukünftige politische Landschaft der Europäischen Union (EU) gestalten wird, sondern auch, wie die Europäische Kommission mit den auf uns zukommenden Herausforderungen umgehen wird. Während die EU in den vergangenen Jahren unter anderem mit der COVID-19-Pandemie und dem Brexit konfrontiert war, stehen wir nun vor einer neuen Phase, die ebenfalls von einer Reihe drängender Fragen geprägt sein wird.

Eine der zentralen Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, ist die Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend digitalisierten Welt. Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche und eröffnet sowohl Chancen als auch Herausforderungen für Unternehmen und Arbeitnehmer. Es ist entscheidend, dass die EU politische Rahmenbedingungen schafft, die es kleinen und mittleren Unternehmen und Freien Berufen ermöglichen, von den Möglichkeiten der Digitalisierung zu profitieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass der digitale Wandel inklusiv und gerecht ist.

Eine weitere wichtige Herausforderung ist die Bewältigung des Klimawandels und die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung. Die EU hat ehrgeizige Ziele im Rahmen des Green Deals gesetzt, aber es bedarf weiterer Anstrengungen, um diese Ziele zu erreichen und den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu beschleunigen. Dies erfordert nicht nur Investitionen in erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur, sondern

auch die Förderung von umweltfreundlichen Technologien und Geschäftsmodellen. Zentral dabei wird sein, die Menschen in Europa auf dem Weg zur Klimaneutralität mitzunehmen.

In diesem Zusammenhang muss die EU den sozialen Zusammenhalt stärken und sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Der demografische Wandel und die steigende Ungleichheit stellen ernsthafte Herausforderungen dar, denen wir begegnen müssen. Dies erfordert Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Ausbildung und lebenslangem Lernen, um die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu verbessern und den Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten sind auch zentrales Interesse der Freien Berufe.

Die Beendigung des Krieges in der Ukraine stellt eine der drängendsten Herausforderungen für die EU dar. Die Unterstützung der Ukraine ist von entscheidender Bedeutung, nicht



nur aus humanitären Gründen, sondern auch, um die Stabilität in der Region zu gewährleisten. Die Lage in der Ukraine bleibt prekär und die EU muss weiterhin diplomatische, militärische und politische Bemühungen verstärken, um eine Lösung des Konflikts zu erreichen und die territoriale Integrität der Ukraine zu gewährleisten.

Es bleiben zudem viele interne Herausforderungen. Eine Reform der EU-Institutionen ist unerlässlich. Die EU muss ihre Entscheidungsprozesse effizienter und transparenter gestalten und sicherstellen, dass sie besser in der Lage ist, auf die Bedürfnisse und Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Dies erfordert möglicherweise eine Überprüfung der bestehenden institutionellen Strukturen und eine Anpassung der EU-Verträge, um die EU funktionsfähig zu halten und für die Zukunft zu stärken. Darüber hinaus muss die EU sicherstellen, dass sie weiterhin die Grundwerte und Prinzipien fördert, auf denen sie gegründet wurde, einschließlich der Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Nur so kann die EU ihre Rolle als globale Akteurin effektiv weiterentwickeln.

In diesem Kontext kommt dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine entscheidende Rolle zu. Als beratendes Gremium der EU vertritt der EWSA die Interessen der Zivilgesellschaft und spielt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der EU-Politik. Insbesondere hat der EWSA in den letzten Jahren eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, um die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern, den sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken und der Stimme der Zivilgesellschaft Gehör zu verleihen.

Der EWSA hat Hunderte von Stellungnahmen zu einer Vielzahl von politischen Themen abgegeben, darunter auch zu Fragen der Digitalisierung, des Klimawandels und der Freien Berufe. Diese Stellungnahmen dienen als wichtige Grundlage für die Politik-

gestaltung der EU und tragen dazu bei, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft angemessen berücksichtigt werden.

Freie Berufe von großer Bedeutung

In diesem Zusammenhang sind auch die Freien Berufe von großer Bedeutung. Als wichtiger Bestandteil der europäischen Wirtschaft tragen sie wesentlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum bei. Die Freien Berufe benötigen eine Politik, die ihre Bedürfnisse und Interessen berücksichtigt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Dazu gehören Maßnahmen zur Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, die Reduzierung von Bürokratie und Regulierung sowie die Förderung von Ausbildung und Weiterbildung.

Die EU und ihre Institutionen stehen vor großen Herausforderungen, aber auch Chancen. Mit den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und der Neubildung der Europäischen Kommission haben die Bürgerinnen und Bürger der EU die Möglichkeit, die Zukunft Europas mitzugestalten und sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen und Interessen aller europäischen Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. ■

Martin Böhme ist Geschäftsführer des Landesverbands der Freien Berufe Rheinland-Pfalz und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA).

Zur Situation der beruflichen Selbstverwaltung der Ingenieure

Landesverband der Freien Berufe Thüringen



Dipl.-Ing. Elmar Dräger

Dipl.-Ing. Elmar Dräger, Präsident der Ingenieurkammer Thüringen, im Gespräch mit RA Dr. jur. Reinhard Werner, Geschäftsführer des Landesverbandes der Freien Berufe Thüringen.

Was leistet Ihre berufliche Selbstverwaltung, Herr Präsident?

Die Ingenieurkammer ist Interessensvertretung und öffentlich-rechtliches Organ der beruflichen Selbstverwaltung. Ihre Vorstände und Mitarbeiter kennen die Probleme, aber auch die Potenziale unseres Berufsstandes. Sie sind deshalb bestens dafür prädestiniert, die Berufsaufsicht auszuüben.

Wozu dann noch eine staatliche Rechtsaufsicht?

Nach dem Thüringer Architekten- und Ingenieurkammergesetz ist das für das Bauberufsrecht zuständige Ministerium Rechtsaufsichtsbehörde. Seine Aufsicht ist gesetzlich darauf beschränkt, dass Gesetze und Satzungen beachtet und die den Kammern übertragenen Aufgaben erfüllt werden (Rechtsaufsicht). Beispielsweise kann die Behörde an Sitzungen der Kammergremien teilnehmen, die Einberufung von Vertreterversammlungen und die Aufnahme bestimmter Punkte in die Tagesordnung verlangen.

Warum sollte sich der Berufsstand selbst verwalten?

Kammervorstände werden aus der Mitte des Berufsstandes gewählt, Kammerhaushalte in der Vertreterversammlung beschlossen. So identifizieren sich die Mitglieder mit ihrer Kammer, die zudem den Staat entlastet, indem sie sachkundig und ohne Steuergeld die ihr staatlich übertragenen Aufgaben erfüllt. Die Kombination fachlicher und rechtlicher Autorität und Akzeptanz macht die Kammern zu unersetzlichen Partnern für Berufsstand, Öffentlichkeit und Politik.

Ist die Rechtsaufsicht kein Misstrauensbeweis?

Nein. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle erforderlich. Denn Menschen machen Fehler. Gerade Ingenieure planen daher stets Sicherungen mit ein. Auch in der öffentlichen Verwaltung ist das so. Natürlich muss die Rechtsaufsicht mit Augenmaß und Respekt ausgeübt werden. Wenn mitunter der Eindruck entsteht, dass Selbstverwaltungen behördlicherseits ein nur interessengeleitetes Handeln



unterstellt wird, finden wir das bedauerlich, zumal so auch wertvolle Zeit und Potenziale verschenkt werden. Wichtig ist, dass alle Seiten den gesetzlichen Rahmen von übertragener Verantwortung und Handlungsspielraum der beaufsichtigten Kammern beachten.

Wieviel Spielraum bleibt für die Interessensvertretung?

Vorstand und Mitarbeiter der Kammer müssen immer sowohl ihren gesetzlichen Auftrag als auch die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder im Blick behalten. Deshalb ist nicht zu jedem Thema eine Einlassung möglich oder sinnvoll.

Gibt es enttäuschte Erwartungen?

Sicherlich. Mitunter bestehen aber auch falsche Vorstellungen über die Kammern. Nach den Vorteilen einer Kammermitgliedschaft gefragt, verweisen wir zwar auch auf die Kooperation mit Partnern, deren Angebote die Berufsausübung unterstützen. Viel wichtiger aber ist das in der beruflichen Selbstverwaltung selbst liegende Potenzial. Durch die Beteiligung der Mitglieder an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten und die Entlastung der öffentlichen Verwaltung gewinnen alle. Leider geht im Alltag manchmal unter, dass freiberufliche Selbstverwaltung nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch ein Privileg ist, um das uns viele nicht verkammerte Berufe beneiden.

Was kann eine Kammermitgliedschaft bewirken?

Berufsständische Selbstverwaltung ist sowohl Ausdruck der Freiberuflichkeit als auch Instrument zu ihrer Sicherung. »Freiheit« heißt dabei nicht Verzicht auf Regulierung. Vielmehr bedarf die Wahrung der Freiberuflichkeit einer gut strukturierten Umsetzung. Das kann mühsam, mitunter auch herausfordernd sein und

erleichtert es nicht unbedingt, neue Mitglieder und ehrenamtliche Mitarbeiter für die Kammer zu gewinnen. Nur die berufspolitische Bedeutung der Kammer herauszustellen, reicht hierfür jedenfalls nicht aus.

Was also müsste sich ändern?

Nach dem ehemaligen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier kann »der Staat nur zu etwas verpflichtet sein, das er rechtlich und tatsächlich auch zu leisten vermag«. Auch die Berufskammern benötigen gesetzlich garantierte Bedingungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Das Problem der Ingenieurkammer Thüringen ist die Ausgestaltung der Kammermitgliedschaft, da das Gesetz nur eine verbindliche Mitgliedschaft für Beratende und bauvorlageberechtigte Ingenieure vorsieht.

Obwohl die Bundesregierung 2022 die Pflichtmitgliedschaft selbstständiger Handwerker in den Handwerkskammern verteidigt und das deutsche Kammerwesen, das System der funktionalen Selbstverwaltung und explizit auch die Kammern der Freien Berufe als »zeitgemäß und sachgerecht« bewertet hat (BT-Drucks. 20/2428 und 20/2735), blieben unser Werben für eine angemessene Erweiterung der Pflichtmitgliedschaft in den Ingenieurkammern und unsere Hinweise auf ihre Bedeutung für Verbraucherschutz, Qualitätssicherung und Deregulierung sowie auf die Berufsausübungsregeln in der Europäischen Union bislang ohne Resonanz. Die Kombination von Selbstverwaltung und staatlich übertragenen Aufgaben ist nicht trivial. In diesem Punkt nicht weiter voranzukommen, schadet dem Berufsstand und liegt nicht im öffentlichen Interesse.

Herr Präsident Dräger, vielen Dank für das Gespräch. ■

Subsidiarität als Grundlage des Freien Berufs

FREIE BERUFE NRW



Bernd Zimmer

Das Subsidiaritätsprinzip prägt uns Freie Berufe gleich auf mehreren Ebenen. Strukturell betrachtet stellt es über unsere berufsständischen Körperschaften das Fundament für die Berufsausübung dar und sichert darüber die hohe Qualität der Leistungserbringung. Bei dieser auf Kompetenz basierenden Aufgabenverteilung hält der Staat – ganz im Sinne der Subsidiarität – in letzter Instanz weiterhin eine Kontrollmöglichkeit inne und wird zugleich von komplexen Verwaltungsaufgaben entlastet.

Verbraucherschutz und Entlastung staatlicher Institutionen

Die Kombination aus Subsidiarität und Selbstverwaltung trägt darüber maßgeblich zum Verbraucherwohl sowie zur Entlastung kostspieliger staatlicher Institutionen bei und kann so als über Jahrzehnte bewährter Gegenentwurf zur immer stärker wahrnehmbaren staatlichen, Bürokratie schaffenden Mikrosteuerung gesehen und verdiente es, als Exportmodell für alle EU-Staaten beworben und umgesetzt zu werden.

Eigenverantwortliches Handeln, stetiges Fortbilden und Eigeninitiative

Prägend ist das Subsidiaritätsprinzip zugleich bei der täglichen Ausübung unserer Freien Berufe. Eigenverantwortliches Handeln, stetiges Fortbilden und Eigeninitiative zu ergreifen, sind Attribute der Freien Berufe, welche durch Subsidiarität gefördert werden und für den Erfolg eines Freiberuflers unerlässlich sind. Dass wir dabei in der Regel auch im eigenen Namen handeln, schärft das Profil der Freiberuflerin und des Freiberuflers und ermöglicht uns, mit Stolz und Vertrauen in uns selbst den Beruf auszuüben.

Genau diese Tugenden sind es, die dem Subsidiaritätsprinzip eine gesellschaftspolitische Ebene geben: Gerade in dieser durch vielschichtige Krisen geprägten Zeit sind wir gut beraten, unabhängig, eigenverantwortlich und mit Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu handeln – und die politischen Entscheidungsträger täten gut daran, dies im eigenen Land und in der Europäischen Union als krisenfestes Organisationsverfahren zu stärken.

Leistungskraft der Freiberuflerinnen und Freiberufler bewahren

Von uns Freien Berufen immer mehr und schneller zu fordern und gleichzeitig unseren Regelungsrahmen einzuengen, wird sich als überaus schädlich auf die Leistungskraft der Freiberuflerinnen und Freiberufler herausstellen und hebelte noch stärker auf die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Steigende Wirtschaftsleistung braucht Freiheit und Vertrauen und keine Bremsung durch weitere Bürokratie. Oder kann sich unser Land das in dieser Zeit leisten? ■

Bernd Zimmer ist Vorsitzender des FREIE BERUFE NRW (VFB NRW).



V. l.: Rudolf Kolbe, Prof. Dr. Angelika Niebler, Peter Klotzki, Henning Ehrenstein, Michael Schick

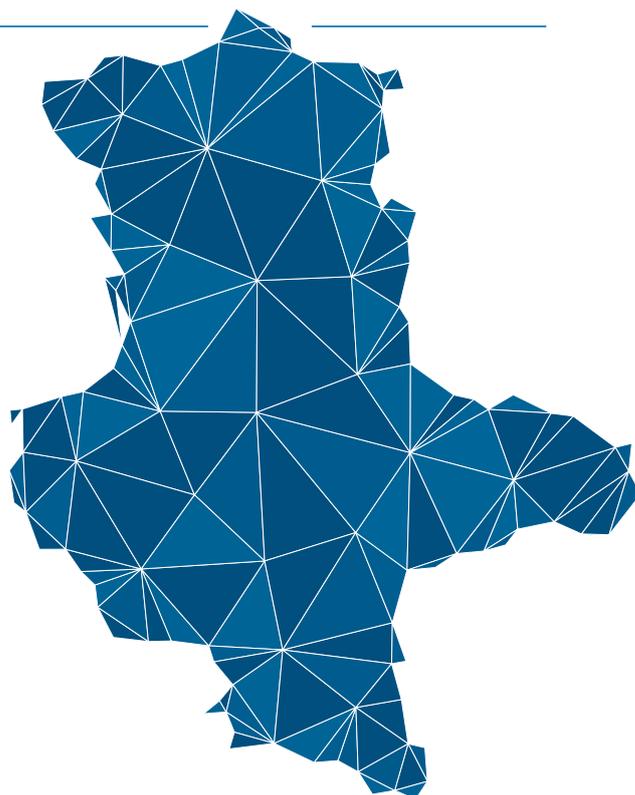
Bayerisches Plädoyer für freiberufliche Werte in Brüssel

Der Verband Freier Berufe in Bayern hatte zu einer Veranstaltung unter dem Titel »Fremdbesitzverbot versus Freiheit und Eigenverantwortung« am 14. Oktober 2023 nach Brüssel eingeladen. Ein Element war die Podiumsdiskussion, die BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki moderierte. Auf dem Podium waren

Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP (EVP), ferner Henning Ehrenstein von der Europäischen Kommission, Rudolf Kolbe, Präsident der österreichischen Freien Berufe, sowie Michael Schick von der Bundessteuerberaterkammer. ■

BFB beim Landesverband Sachsen-Anhalt

Am 11. Dezember 2023 fand die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Freien Berufe Sachsen-Anhalt im Haus der Steuerberater in Magdeburg statt. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki hielt einen Vortrag zu »Wir müssen die berufliche Bildung retten! – Herausforderungen der Fachkräftesicherung in Deutschland«. Heike Schittko, Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Sachsen-Anhalt West, stellte eine exklusive Studie zur dramatischen Fachkräftesituation vor und bot den Freien Berufen eine noch engere Kooperation zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen an. Der BFB bedankte sich für die Einladung und freut sich auf weiterhin gute Zusammenarbeit. ■



Festakt 75 Jahre VFB NRW

100 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft feierten am 12. September 2023 im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf das 75-jährige Bestehen des VFB NW. In seiner Festrede würdigte Ministerpräsident Hendrik Wüst die gesellschaftliche Bedeutung der Freiberufler für Nordrhein-Westfalen. Zu seinem 75. Geburtstag im September 2023 blickt der **Landesverband der Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen (VFB NW)** als am längsten bestehende Interessenvereinigung der »klassischen« Freien Berufe auf eine echte Erfolgsgeschichte zurück. Gegründet wurden die Freien Berufe NRW 1948 von zehn Organisationen Freier Berufe. Heute umfasst die Mitgliederliste 34 Kammern und Verbände. Gemeinsam erwirtschaften die rund 285.000 Freiberuflerinnen und Freiberufler mit ihren 818.560 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten knapp elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen und stehen für 20 Prozent aller Gründungen.

»Die Freien Berufe sind ein bedeutender Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen und machen mehr als 30 Prozent aller Unternehmen aus. Die vielen engagierten Freiberuflerinnen und Freiberufler in unserem Land tragen mit dafür Sorge, dass wichtige gesellschaftliche Aufgaben täglich erfüllt werden können – ob in Gesundheitsvorsorge, Kultur oder Rechtsordnung. Danke für Ihren Einsatz!«, betont Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL (CDU).

Neben den Fraktionsvorsitzenden der Parteien waren außerdem Vertreterinnen und Vertreter der befreundeten Kammern gekommen, um das Jubiläum gemeinsam zu feiern. In seiner Festrede erklärte Vorsitzender Bernd Zimmer, welche drei großen Herausforderungen er für die Zukunft sieht: Politische Unterstützung für die Stärkung der Berufsrechte der Freien Berufe im Raum der Europäischen Union zu gewinnen, junge Menschen für

die Werte der Freien Berufe zu begeistern und die Künstliche Intelligenz effizient und individuell angepasst in die Berufsfelder der Freien Berufe zu integrieren: »Wir erleben gerade eine Transformationsphase großen Ausmaßes. Die Energiewende, Künstliche Intelligenz, Nachhaltigkeit und, worauf wir besonders stolz sind, ein steigender Anteil von Frauen in unseren Freien Berufen. All das sind Themen, die uns bewegen und mit denen wir uns selbstbewusst positionieren können. Viele reden davon, wir handeln und können hervorragende Zahlen und Fakten im Wirtschaftsraum NRW vorweisen.« ■



Der gemeinsame Tortenschnitt von Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem NRW-Vorsitzenden Bernd Zimmer besiegelt die enge Verbundenheit der Landesregierung mit den Freien Berufen.



Ein besonderer Moment für die Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen. Fototermin mit Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL: (v. l.) Matthias Kühlberg, Restaurator, Dr. Sinje Trippe-Frey, Zahnärztin, Prof. Dr. Reinhard Harte, Prüflingenieur, Michael Steinrücke, Steuerberater und Rechtsanwalt, Rüyä Gazez-Krengel, Steuerberaterin, Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL, Carsten Nicklaus, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Dr. Johannes Nolte, Internist, Sandra Potthast, Apothekerin, Horst Leis, Rechtsanwalt, Rudolf Henke, Internist und Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Bernd Zimmer, Allgemeinmediziner und Vorsitzender der Freien Berufe NRW, Dr. Carsten König, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KV Nordrhein.

Fotos: © VFB NRW/Gruppe C Photography



V. l.: Dirk Staudenmayer, Cornelia Süß, Dr. Sergey Lagodinsky, Charleen Roloff (nicht im Bild: Mathias Weilandt, Jiří Zapletal)

LFB Sachsen zu Gast in Brüssel

Der **Landesverband der Freien Berufe Sachsen (LFB Sachsen)** war am 5. Dezember 2023 zu Gast in der Vertretung des Freistaates Sachsen bei der Europäischen Union (EU) in Brüssel. Bei der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Thema »Digitalisierung und Datenschutz – Chancen und Risiken für die Freien Berufe« diskutierten die rund 65 Gäste mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments (EP) und des Freistaats Sachsen.

Mathias Weilandt (Bündnis 90/Die Grünen), Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, verglich die Herausforderungen für die Freien Berufe mit denen in der öffentlichen Verwaltung. In einer Keynote ging Dirk Staudenmayer, Referatsleiter »Digitaler Wandel und juristische Aus- und Fortbildung« in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der

EU-Kommission, auf die positiven Effekte durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) ein. Dr. Sergey Lagodinsky, stellvertretender Vorsitzender des EP-Rechtsausschusses (Fraktion Die Grünen/EFA), forderte Sonderregeln für Hochrisiko-KI, wie zum Beispiel in der Medizin. Für Charleen Roloff, Bereichsleiterin Legal Tech, Unternehmensrecht & Steuern bei Bitkom, bestehen die Vorteile durch den Einsatz von KI vor allem in der Einsparung von Kosten, Material und Personal.

Cornelia Süß, Präsidentin des LFB Sachsen, gab den Gästen mit auf den Weg, dass der in Deutschland gültige Datenschutz und der eng damit verbundene Vertrauensschutz unangetastet bleiben müssen. Abschließend äußerte Jiří Zapletal, Leiter der Vertretung des Freistaates Sachsen bei der EU: »Auch in Zukunft wird in bestimmten Bereichen der persönliche Kontakt unerlässlich bleiben.« ■

LFB Sachsen im Gespräch mit Wissenschaftsminister Gemkow

»Der Fachkräftebedarf in der sächsischen Wissenschaft kann nur durch eine gezielte Zuwanderung gedeckt werden, um Sachsen zu einem bedeutenden Forschungsstandort (...) weiterzuentwickeln. Schon heute kommt jeder dritte Mikrochip in Europa aus Sachsen.« Dies betonte Sebastian Gemkow (CDU), Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, bei einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des **Landesverbands der Freien Berufe Sachsen (LFB Sachsen)** am 23. Oktober 2023 in Dresden. Der Fachkräftebedarf entstehe auch dadurch, dass viele deutsche Abiturientinnen und Abiturienten für ein Studium nicht die Naturwissenschaften wählen. Daher müsse in bestimmten Ländern mit einem Überschuss an Fachkräften für den Freistaat geworben werden. Sachsen hat nach Berlin bereits den zweithöchsten Anteil an ausländischen Studie-

renden. Um das Studienangebot weiter zu verbessern, müssten mehr englischsprachige Studiengänge angeboten werden. Zu den für die Wirtschaft wichtigen Studiengängen wie Jura oder Wirtschaft sagte Gemkow, dass diese zwar ebenfalls wichtig seien, aber nicht an allen Hochschulstandorten im Freistaat angeboten werden müssten. Beim ärztlichen Nachwuchs sieht der Wissenschaftsminister den Freistaat bereits auf einem guten Weg. Durch die sächsische Landarztquote und die Studiengänge in Chemnitz und im ungarischen Pécs seien schon wirksame Maßnahmen für die Versorgung des ländlichen Raums ergriffen worden. Mit Blick auf den bevorstehenden Zahnärztemangel würde er die Maßnahmen auf diese Mediziner erweitern; dazu gebe es auch schon Gespräche mit anderen Ressorts und der Landes Zahnärztekammer. ■

Freie Berufe wahrnehmen, wertschätzen und fördern

Unter diesem Motto stand am 19. Januar 2024 in Potsdam das Jahresauftaktgespräch des Präsidiums und zahlreicher Mitgliedsverbände des **Landesverbands der Freien Berufe Brandenburg (LFB)** mit der Staatskanzlei, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg. Unter Anwesenheit der zuständigen Ministerinnen und

Minister wurde die aktuelle Lage im Land Brandenburg erörtert, wobei insbesondere die weitere Förderung der Baukultur des Landes und die Sicherung der medizinischen Versorgung in Folge einer Krankenhaus- und Notfallreform wichtige Diskussionspunkte waren.

MUDr./ČS Peter Noack, Präsident des LFB, betonte, dass die Freien Berufe einen Großteil der positiven wirtschaftlichen Entwicklung

mit einem Spitzenwert von sechs Prozent Zunahme des Bruttoinlandsprodukts geschultert haben. »Die aktuelle Geschäftslage in den Freien Berufen wird jedoch wegen des steigenden wirtschaftlichen Drucks, der steigenden Bürokratie und des Fachkräftemangels als nicht gut eingeschätzt. Dazu müssen gemeinsam Lösungen im konstruktiven Dialog gefunden werden.« so Dr. Noack. ■



V. l.: Otto-Ewald Marek, Stefanie Stramke, Dipl.-Ing. Frank Reichert, Andreas Rieger, Catrin Steiniger, WP/StB Sebastian Giese, Lilian Widra, Dipl.-Ing. Matthias Krebs, MUDr./ČS Peter Noack, Thomas Baumgart, Ursula Nonnemacher (Bündnis 90/Die Grünen), Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, Kathrin Schneider (SPD), Ministerin und Chefin der Staatskanzlei, Ass. iur. Rouven Krone, Rainer Genilke (CDU), Minister für Infrastruktur und Landesplanung, Rainer Großmann, Björn Karnick

IDW

Ingmar Rega ist neuer Vorstandsvorsitzer

Beim Wirtschaftsprüferitag des **Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW)** am 8. November 2023 in Düsseldorf wählten die Mitglieder WP/StB Ingmar Rega zum neuen Vorsitz des Vorstands. Rega gehörte bereits zuvor dem Vorstand an. Zum stellvertretenden Vorsitz wurde WP/StB/RA Dr. Joachim Haußer

gewählt. Die weiteren neu gewählten Vorstandsmitglieder sind WP/StB Annedore Jacobs, WP/CPA Volker Krug, WP Clemens Koch. Ebenfalls als Vorstandsmitglied wurde WP/StB Martin Wambach wiedergewählt. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgte durch den ebenfalls neu zusammengesetzten Verwaltungsrat. ■



Patentankammer

Dr. Christof Keussen als Präsident wiedergewählt

Der Vorstand der **Patentankammer** wählte in seiner Sitzung am 10. Januar 2024 in München Dipl.-Chem. Dr. rer. nat. Christof Keussen erneut zum Präsidenten. Ebenfalls wiedergewählt wurden Dipl.-Phys. (Univ.) Dr. rer. nat. Stefan M. Zech, LL.M. als Vizepräsident, Dipl.-Ing. Peter Wilhelm als Schriftführer und Dipl.-Chem. Dr. rer. nat. Tanja Bendele, LL.M. als Stellvertretende Schriftführerin. Neuer Schatzmeister ist Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Dieter Laufhütte, der vorher Stellvertretender Schatzmeister war. Sein Stellvertreter wurde Dipl.-Chem. (Univ.) Dr. rer. nat. Andreas Popp, vorher Vorstandsmitglied.

Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Dipl.-Ing. Claus Becker, Dipl.-Geophys. Univ. Richard Bennett, LL.M., Dipl.-Ing. Klaus Bungartz, Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Hans-Martin Helwig, Dipl.-Chem. Dr. rer. nat. Ute Kilger, Dipl.-Phys. Gregor Knöner, M.Sc., PhD, Dipl.-Ing. Nanno M. Lenz, LL.M., Dipl.-Phys. Dr. iur. Wolfram H. Müller, der auch BFB-Vorstandsmitglied ist, Dr.-Ing. Linda Nowack, Dipl.-Ing. Hendrik Promies, Dipl.-Ing. Christoph D. Schober, LL.M., Dipl.-Chem. Dipl.-Biol. Dr. rer. nat. Heike Vogelsang-Wenke. ■

LFB Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Hähnlein als Präsident bestätigt

Bei der Vorstandswahl des **Landesverbandes der Freien Berufe Mecklenburg-Vorpommern** am 12. Januar 2024 in Schwerin wurden alle vorherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Präsident bleibt Rechtsanwalt Jörg Hähnlein, weiterhin

wurden Rechtsanwalt Stefan Grasshoff als 1. Vizepräsident, Zahnarzt Dipl.-Stom. Gerald Flemming als 2. Vizepräsident sowie Architektin Dipl.-Ing. Susann Milatz und Apotheker Marco Bubnick als weitere Vorstandsmitglieder erneut gewählt. ■



bdia

Prof. Carsten Wiewiorra zum neuen Präsidenten gewählt



V. l.: Gabriela Hauser, Prof. Carsten Wiewiorra,
Natascha Ninic, Johann Haidn

Am 18. November 2023 wählte die Bundesmitgliederversammlung des **Bundes Deutscher Innenarchitekten (bdia)** in Frankfurt am Main Professor Carsten Wiewiorra zum neuen Präsidenten. Wiewiorra ist freischaffender Architekt und Innenarchitekt in Berlin und lehrt an der Detmolder Schule für Gestaltung (Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe). Als Vizepräsident und Schatzmeister wurde Johann Haidn, der auch BFB-Vorstandsmitglied ist, im Amt bestätigt. Neu im Gremium sind Gabriela Hauser und Natascha Ninic als Vizepräsidentinnen. Pia A. Döll, vorherige Präsidentin des bdia, sowie Christoph Lay, Sylvia Mitschele-Mörmann und Monika Slomski wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Weiterhin haben sich die Mitglieder für einen Antrag auf gendergerechte Anpassung des Verbandsnamens ausgesprochen. Der bdia heißt jetzt »**Bund Deutscher Innenarchitektinnen und Innenarchitekten e.V.**«.

Zum Abschluss der Bundesmitgliederversammlung wurde die sogenannte »Frankfurter Erklärung« verabschiedet, in der der bdia im Namen seiner Mitglieder den Abbau von Einschränkungen und Hemmnissen in der Berufsausübung hinsichtlich ihrer Bauvorlageberechtigung auf bundesweiter Ebene fordert. Die Frankfurter Erklärung ist an die Politik und weitere Entscheidungsträger adressiert, sie ist zu finden unter www.bdia.de. ■

LFB Brandenburg

MUDr./ČS Peter Noack ist neuer Präsident

Bei seiner Mitgliederversammlung in Potsdam am 9. November 2023 wählte der **Landesverband der Freien Berufe Brandenburg (LFB)** MUDr./ČS Peter Noack, Chirurg aus Cottbus und seit 2021 Mitglied des LFB-Präsidiums, zu seinem neuen Präsidenten. Noack übernimmt das Amt Thomas Schwierzy, LFB-Präsident von November 2012 bis November 2023. In ihren Ämtern geblieben sind als Vizepräsident der Rechtsanwalt Dr. Till Bellinghausen, als Schatzmeister der stellvertretende Geschäftsführer für den Apothekerverband Brandenburg Thomas Baumgart und als Beisitzer der Physiotherapeut Rainer Großmann.

Für den BFB nahm Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki teil, der dem scheidenden Präsidenten für die hervorragende Zusammenarbeit dankte und dem neuen Präsidenten seine Glückwünsche aussprach. ■



Amtsübergabe von Thomas Schwierzy (re)
an MUDr./ČS Peter Noack (li)